

1 **„Sichere Energieversorgung**
2 **durch Technologiefreiheit“**

3 vorgelegt auf dem 33. Landestag
4 am 22./23. Januar 2011 in Freiberg

5 durch den Landesvorstand der
6 Jungen Union Sachsen & Niederschlesien

7 **Sichere Energieversorgung durch Technologiefreiheit**

8

9 In Zeiten eines stetig wachsenden Energieverbrauches und international
10 steigender Nachfrage nach Energieträgern, gewinnt das Thema
11 Energiesicherheit zunehmend an Bedeutung für die Formulierung und
12 Gestaltung einer nachhaltigen Energiepolitik in Deutschland und
13 Europa.

14 Ziel muss es sein, die Energiebereitstellung zu vertretbaren Kosten
15 bei gleichzeitiger Sicherstellung der ökologischen Tragfähigkeit des
16 Energieversorgungssystems zu gewährleisten. Ansatzpunkte zur
17 Erreichung des Ziels sind die verstärkte Förderung der rationellen
18 Energieverwendung durch Verbesserung der Energieeffizienz und -
19 einsparungen sowie der Brennstoffsubstitution durch Einsatz möglichst
20 schadstoffarmer Energieträger.

21

22 Innovative Wirtschaft braucht starke Europäische Energiepolitik

23

24 Da europäische Staaten derzeit noch nicht in der Lage sind, ihre
25 benötigte energetische Grundlast aus erneuerbaren Energien zu
26 generieren, ist eine gemeinsame Europäische Energiepolitik nötiger
27 denn je. Europas Energieversorgung ist immer stärker auf Importe aus
28 wenigen Produzentenländern angewiesen. Die Sicherung der
29 Versorgung macht eine breite Diversifizierung einerseits und eine

30 intensive Kooperation mit den Lieferantenländern andererseits
31 erforderlich. Hierzu ist es sinnvoll, die energiewirtschaftlichen
32 Deutschlands zu wahren und sie in Abstimmung mit der EU als
33 Gegengewicht zur Anbietermacht der Produzentenländer im Sinne einer
34 koordinierten Energieaußenpolitik einzusetzen. Letztere kann nur
35 erfolgreich sein, wenn es dem Energie-Ressort unter EU-Kommissar
36 Günther Oettinger gelingt, gemeinsame Ziele zu definieren und auch
37 innerhalb der Europäischen Kommission klar die Verantwortung für
38 eine solche Koordinationsaufgabe zu vereinbaren. Die Schaffung von
39 gemeinsamen europäischen Standards ist für eine moderne und
40 sichere Energiewirtschaft unerlässlich.

41 Das Ende der deutschen Kernenergie wird zwangsläufig den
42 Stromimport von derzeit vergleichsweise unsicheren Kernkraftwerken im
43 Ausland erhöhen. Deshalb ist es für eine moderne und sichere
44 Atomwirtschaft notwendig, auch weiterhin neben der Forschung
45 zugunsten der Wiederaufbereitungs- und Endlagermöglichkeiten von
46 Atommüll, in die Isotopenforschung und neue Kernkraftwerkstypen zu
47 investieren. Mit der Ansiedlung verschiedener universitärer und
48 außeruniversitärer Einrichtungen unterstreicht Sachsen seine Kompetenz
49 im Energiesektor. Das nationale Forschungsinstitut zur nachhaltigen
50 und sicheren Rohstoffversorgung sowie das Deutsche Brennstoffinstitut-
51 DBI (beide Freiberg), das *Helmholtz*-Forschungszentrum Dresden-
52 Rossendorf (HZDR) und das Deutsche Biomasseforschungszentrum

53 (DBFZ) in Leipzig garantieren in Sachsen eine langfristig
54 ausgerichtete Spitzenforschung in politisch und gesellschaftlich
55 relevanten Forschungsgebieten wie Energie, Gesundheit, Struktur von
56 Materie und Schlüsseltechnologie. So sichert Forschung und Lehre
57 Arbeitsplätze in Sachsen. Davon profitieren nicht nur ansässige
58 Unternehmen. Sie ermöglichen Unternehmensgründungen aus
59 Forschungsinstituten (sog. Spin-offs) und einzelnen hochschulnahen
60 Unternehmensgründungen durch Studierende/Absolventen. Die
61 Förderung des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Know-how-
62 Transfers deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen in
63 Partnerländern ist eine vordringliche Aufgabe der kommenden Jahre.
64 Die Politik muss jetzt stärker eine führende Rolle übernehmen und
65 gemeinsam mit der Wirtschaft die gesellschaftspolitische Akzeptanz für
66 die Realisierung der volkswirtschaftlich unverzichtbaren Investitionen
67 schaffen.

68

69 Sichere Energieversorgung braucht breiten Energiemix

70

71 Eine sinnvolle Mischung aus erneuerbaren und fossilen Energieträgern
72 ist zur Deckung des Energiebedarfes unseres Landes unerlässlich und
73 trägt zur politischen und energetischen Unabhängigkeit bei stabilen
74 und bezahlbaren Preise bei. Der Grundsatz der Technologieoffenheit
75 ist bei allen energiepolitischen Maßnahmen unabdingbar. Die

76 gesetzliche Bevorzugung einer Technologieoption stellt immer
77 gleichzeitig eine Diskriminierung der Technologiealternativen dar.
78 Welche Technologie sich durchsetzt, sollte grundsätzlich der Markt
79 entscheiden.

80 Neben der Kernkraft ist der Rohstoff Kohle eine feste Bestandsgröße
81 in der deutschen Energieversorgung. Insbesondere Sachsen profitiert
82 von der heimischen Braunkohle. Neben zahlreichen Arbeitsplätzen in
83 Wissenschaft und Industrie sichert die Fortführung der Tagebaue auch
84 die stetige Weiterentwicklung der sächsischen Kohlekraftwerke auf
85 neuestem technologischen Stand. Dank modernster CCS-Technik
86 (Abscheidung und Abspeicherung von Kohlenstoffdioxid) aus Sachsen
87 wird es möglich sein, mit umweltfreundlichen und hocheffizienten
88 Verbrennungsanlagen einen großen Beitrag zur sauberen
89 Energieversorgung der Zukunft zu leisten. Gleichzeitig gilt es unseren
90 heimischen Rohstoff Kohle auch stärker einer chemischen Nutzung
91 zuzuführen, um Importabhängigkeiten von Rohstoffen zu reduzieren.

92 Aber wie soll zukünftig der Energiemix in unserem Land aussehen?
93 Solange die gestellten Sicherheitsanforderungen durch die
94 Kernkraftwerke erfüllt werden und alternative Technologien noch nicht
95 den Kriterien Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und
96 Wirtschaftlichkeit genügen, besteht aus unserer Sicht kein Anlass zum
97 vorzeitigen Atomausstieg. Der überwiegende Teil der Zusatzgewinne
98 muss jedoch abgeschöpft werden und in die Erforschung von

99 Ressourcenschonenden Technologien investiert werden. Der
100 Wirtschaftsbereich der regenerativen Energien in Sachsen ist nicht nur
101 im bundesweiten Vergleich, sondern auch international gesehen,
102 führend. Die Erforschung, Entwicklung und Herstellung dieser
103 Ressourcenschonenden Technologien müssen jedoch weiterhin stark
104 gefördert werden. Die Photovoltaik stellt in Sachsen eine
105 Schlüsselindustrie dar. Zahlreiche Unternehmen vom Startup bis zum
106 weltweit größten Solarmodulhersteller haben im Freistaat Sachsen mit
107 ihren zahlreichen Arbeitsplätzen ihren Standort. Die Junge Union
108 Sachsen hält es jedoch für falsch, Solarstromproduzenten mit einer zu
109 hohen Einspeisevergütung bei fallenden Solarmodulpreisen, eine
110 exorbitante Rendite zu ermöglichen. Daher ist es gut die
111 Einspeisevergütung entsprechend an die Kostendegression der
112 Solarmodule auch weiterhin anzupassen.

113 Ein ganz entscheidender Faktor für den Durchbruch der Erneuerbaren
114 Energien sind deren Kosten im Vergleich zu fossilen Energieträgern.
115 Bei der Nutzung der Wasserkraft und Erdwärme sind die Kosten
116 bereits heute oft günstiger als bei konventioneller Erzeugung mittels
117 fossiler Energien. Mögliche negative Wirkungen auf Umwelt und
118 Bevölkerung können durch sorgfältige Planung und entsprechende
119 Schutzmaßnahmen aufgefangen werden. Auch die Windenergie ist im
120 Netzbetrieb nahe der Wirtschaftlichkeitsgrenze. Ebenso dürfte die
121 Nutzung solarthermischer Technologien auf mittlere Sicht einen

122 nennenswerten und kostengünstigen Beitrag zur Energieversorgung
123 leisten. Die grundlastfähige Nutzung von Energie aus Biomasse ist
124 hier eine denkbare Alternative. Dabei ist ein guter Mix aus Biomasse
125 vom Acker und der Verwertung von Rest- und Abfallstoffen
126 notwendig.

127

128 Erneuerbare Energien werden – nach Kohle und Öl – die
129 Initialzündung einer neuen Phase der industriellen Entwicklung sein.
130 Die Junge Union wird darum den Wandel von fossilen Energieträgern
131 hin zu erneuerbaren Energien aktiv begleiten.

132

133 Energieinfrastruktur modernisieren/ Kritische Infrastruktur schützen

134

135 Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung hängt davon
136 ab, dass die Energieeffizienz stetig gesteigert wird und dass die
137 Kapazitäten von Kraftwerken und Leitungsnetzen bedarfsgerecht
138 erweitert und modernisiert werden. Für den Neubau von Kraftwerken
139 und CCS-Anlagen, dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien,
140 dem verstärkten Handel mit Transport- und Speicherkapazitäten sowie
141 dem direkten Stromhandel an der European Energy Exchange (EEX)
142 in Leipzig innerhalb des Europäischen Binnenmarktes, muss das
143 Transportnetz adäquat und zeitgerecht ausgebaut werden.
144 Instrumentarien wie Spotmärkte und globaler Zertifikate Handel, gilt es

145 weiter zu entwickeln. Andernfalls können die hochgesteckten energie-
146 und klimapolitischen Ziele nicht erreicht werden.

147 In Zeiten vermehrter Anschläge auf Infrastruktureinrichtungen im
148 Ausland, wie z.B. Gas- und Ölpipelines, ist die Bevölkerung
149 zunehmend verunsichert. Die Sorge vor Energieausfällen, aber auch
150 vor unzureichender Trinkwasserversorgung, zeigt die Sensibilität bei der
151 Frage des Schutzes Kritischer Infrastrukturen. Allerdings sind das
152 Basisschutzkonzept „Schutz kritischer Infrastrukturen“ und die
153 „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen“ in der
154 Bevölkerung weitestgehend unbekannt. Die Aufgaben und Ziele der
155 o.g. Konzepten/ Strategien müssen in Zusammenarbeit mit Behörden,
156 Unternehmen und der Bevölkerung weiter verbessert werden. Gerade
157 im Bereich der Ehrenamtlichen Helfer aus THW und FFW etc. ist
158 derzeit der Umgang mit Hochspannungs- und Brennstoffleitungen nur
159 unzureichend geschult und mangels technischer Ausrüstung für die
160 eingesetzten Helfer eher gefährlich.

161

162 Aufgrund der verstärkten Aktivität ausländischer Geheimdienste im
163 Bereich des Energiemarktes, der alternativen und regenerativen
164 Energien sowie der Maßnahmen zur Energiesicherheit in Deutschland,
165 geht für die deutsche Energiewirtschaft und deren Forschung- und
166 Entwicklungsunternehmen eine sehr konkrete Gefahr durch Spionage
167 aus.

168 Diese Gefahren lassen sich nach derzeitiger Gesetzeslage nur bedingt
169 abwehren. Somit sind die Voraussetzungen für einen präventiven
170 Spionageschutz weiter voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund muss
171 die Rolle der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Länder bei
172 der Bekämpfung und Verhinderung von Wirtschaftsspionage hinterfragt
173 werden.

174

175 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien betont deshalb die
176 Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung als Grundvoraussetzung
177 wirtschaftlichen Handelns. Diese Freiheit zu schützen, liegt in der
178 gemeinsamen Verantwortung von Behörden, Unternehmen und der
179 Bevölkerung.